

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 030 | 21.4.2023

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Steueraffäre Scholz-Warburg

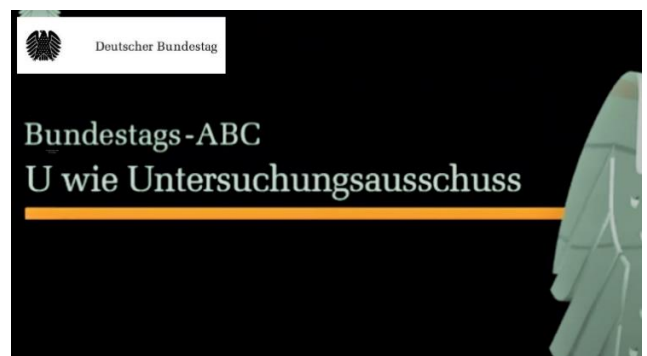
Liebe Leserin, lieber Leser,

das Agieren der Freien und Hansestadt Hamburg unter der Verantwortung des damaligen Ersten Bürgermeisters, späteren Bundesfinanzministers und jetzigen Bundeskanzlers Olaf Scholz in der Steueraffäre um die M.M.Warburg & CO Bank wirft – nach wie vor! – schwerwiegende Fragen und Widersprüche auf.

Die bestehenden offenen Fragen und Widersprüche in der Steueraffäre Scholz-Warburg bedürfen endlich der Klärung. Insbesondere muss aufgedeckt werden:

- Warum wollte (als einziges von 16 Bundesländern!) nur Hamburg Ansprüche aus zu Unrecht erhaltenen Kapitalertragssteuererstattungen aus Cum-Ex-Geschäften verjähren lassen?
Wer trägt Verantwortung für etwaige politische Entscheidungen mit erheblichen finanziellen Folgen?
- Wurde von politischer Seite Einfluss genommen auf die Meinungsbildung in den hamburgischen Behörden in Sachen Steerrückforderungen gegen die M.M.Warburg & CO Bank?
- Hat der heutige Bundeskanzler der Öffentlichkeit, den Abgeordneten des

Bundestages und denen der Hamburger Bürgerschaft die Wahrheit gesagt? Geht es bei den bestehenden Widersprüchen und Erinnerungslücken um einen tatsächlichen oder um einen taktischen Erinnerungsverlust?



Viel zu lange tappen Öffentlichkeit und Bundespolitik in der Steueraffäre Scholz-Warburg bereits im Dunkeln, wie es in Hamburg beinahe zu einer Verjährung von erheblichen Steueransprüchen gegen die M.M.Warburg & CO Bank kommen konnte. Dieser Sachverhalt – auch zu finanziellen Lasten des Bundes – bedarf der Aufarbeitung in einem [Untersuchungsausschuss](#) auf Bundesebene. Zu klären sein wird insbesondere, wer wann mit wem gesprochen hat, sowie welche Entscheidungen und etwaige politische Einflussnahmen erfolgt sind.

Gutes Interview dazu: [KLICK](#)

Aktuelle Stunde

„Weiterbetrieb der Kernkraft: Für eine zuverlässige und klimafreundliche Energieversorgung in Krisenzeiten“

Am 15. April 2023 sind die letzten drei deutschen Kernkraftwerke vom Netz gegangen. Die Strompreise in Deutschland gehören schon jetzt zu den höchsten aller Industrieländer. Verbraucher und Industrie ächzen unter hohen Energiekosten. Experten erwarten, dass die infolge des russischen Angriffskriegs aufgetretene Energiekrise zumindest bis zum Winter 2023/2024 anhalten wird und die Herausforderungen in der kommenden kalten Jahreszeit eher größer sein werden als in der zurückliegenden. Statt Kernkraft wird in Deutschland verstärkt Stein- und besonders klimaschädliche Braunkohle zur Stromerzeugung genutzt. Zudem wird Strom importiert, u.a. aus französischen Kernkraftwerken und polnischen Braunkohlekraftwerken.

Die Entscheidung der Bundesregierung zum Aus für Kernkraft ist in der jetzigen Lage falsch. Ein befristeter Weiterbetrieb der Kernkraftwerke wäre ein wichtiger Beitrag, um Versorgungssicherheit, preisliche Wettbewerbsfähigkeit, den Erhalt von Industriearbeitsplätzen und einen effektiven Klimaschutz gleichermaßen zu gewährleisten.



Ein befristeter Weiterbetrieb der Kernkraftwerke bis zum Ende der infolge des russischen Angriffskriegs aufgetretenen Energiekrise wäre die richtige Antwort gewesen.

Entgegen ihren Beteuerungen unternimmt die Bundesregierung nicht *alles*, um sicher durch den nächsten Winter zu kommen. Im Gegenteil: Mit ihrer ideologischen Energiepolitik gefährdet sie Arbeitsplätze, die Versorgungssicherheit und den Klimaschutz. Wir sind der festen Überzeugung, dass Forschung und Entwicklung von Kerntechnik und Kernfusion in Deutschland weiter möglich sein müssen.

Geregeltes Verfahren zur Einstufung sicherer Herkunftsstaaten einführen

Derzeit erlebt Deutschland eine erneute Migrationskrise: Im Jahr 2022 wurden 244.132 Asylanträge verzeichnet, allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres kamen weitere 87.777 Asylanträge hinzu. Darunter sind viele Asylanträge, die von vornherein sehr geringe Erfolgsaussichten haben.

Diese Anträge sollten daher zügiger bearbeitet und entschieden werden können. Nationales und europäisches Recht (Artikel 16a Absatz 3 des Grundgesetzes und europäisches Recht, Artikel 36, 37 und Anhang I der EU-Richtlinie 2013/32/EU) bieten hierzu eine Möglichkeit: Die Einstufung von Staaten als sichere Herkunftsstaaten.

Mit unserem [Antrag](#) fordern wir deshalb, für die Zukunft ein regelmäßiges und geordnetes Verfahren zur Einleitung der erforderlichen Prüfung zur Einstufung sicherer Herkunftsstaaten einzuführen. Entsprechende Prüfungen sollten nicht erst bei Auftreten von Problemlagen, sondern im Regelfall im Zuge eines geordneten Verfahrens erfolgen. Darüber hinaus fordern wir, dass die Grünen ihre Blockade im Bundesrat aufgeben: Der im Januar 2019 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Einstufung Georgiens sowie der drei Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer muss der Bundesrat nach mehr als drei Jahren endlich zustimmen.

Versteckte Preiserhöhungen verhindern – Für mehr Klarheit und Transparenz beim Einkauf von Bedarfsgütern sorgen

Gerade in Zeiten hoher Inflation sind versteckte Preiserhöhungen für Verbraucher besonders ärgerlich. Mit unserem [Antrag](#) thematisieren wir versteckte Preiserhöhungen von Produkten des täglichen Lebens, indem z.B. Füllmengen geändert werden, der Preis aber gleich bleibt. Wir wollen diesem Umstand durch mehr Transparenz begegnen. Wir schlagen in unserem Antrag deshalb vor, dass die Hersteller eventuelle Änderungen der Füllmenge ihrer Produkte über das Online-Portal www.lebensmittelklarheit.de kenntlich machen sollen. Auch sollen nach Produktgruppen differenzierte Obergrenzen für die oft technisch notwendigen Hohlräume in Verpackungen festgelegt werden. Des Weiteren sollen technisch nicht notwendige doppelte Umverpackungen möglichst vermieden werden.

In dieser Woche debattieren wir den [Jahresbericht der Wehrbeauftragten 2022](#)

Die Wehrbeauftragte beurteilt die Lage der Bundeswehr leider sehr kritisch – eine Bewertung, die wir als Fraktion teilen. So ist im Haushaltsjahr 2022 noch kein Cent aus dem Sondervermögen bei der Truppe angekommen. Das Sondervermögen wird zudem nicht ausreichen, um die Bundeswehr vollumfänglich zur Wahrnehmung der Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung zu befähigen. Zudem machen „die Preisentwicklungen auf dem Energie- und Rohstoffmarkt sowie die gestiegene Nachfrage nach militärischer Ausrüstung“ steigende Verteidigungshaushalte notwendig. Insbesondere beim Kauf von Munition stehe Deutschland angesichts der begrenzten Produktionskapazität „im Wettbewerb mit anderen Ländern“.

Die Bundeswehr hat zudem ein erhebliches Personalproblem und wird die Zielgröße von 203.000 gemäß Aussage der Wehrbeauftragten nicht erreichen können.

Neues aus meinem Büro



*Als internationale Parlaments-Stipendiatin unterstützt **Karolina** aus Polen für drei Monate meine parlamentarische Arbeit.*

Junge, politisch interessierte Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus über 50 Länder nehmen jährlich am IPS teil, um demokratische Werte weltweit zu fördern und die Beziehungen Deutschlands mit den teilnehmenden Ländern zu festigen.

*Seit dieser Woche absolviert auch **Julian** aus Durlangen ein Praktikum in meinem Berliner Büro. Er studiert Wirtschaftspädagogik in und engagiert sich in der Jungen Union.*

Video der Woche

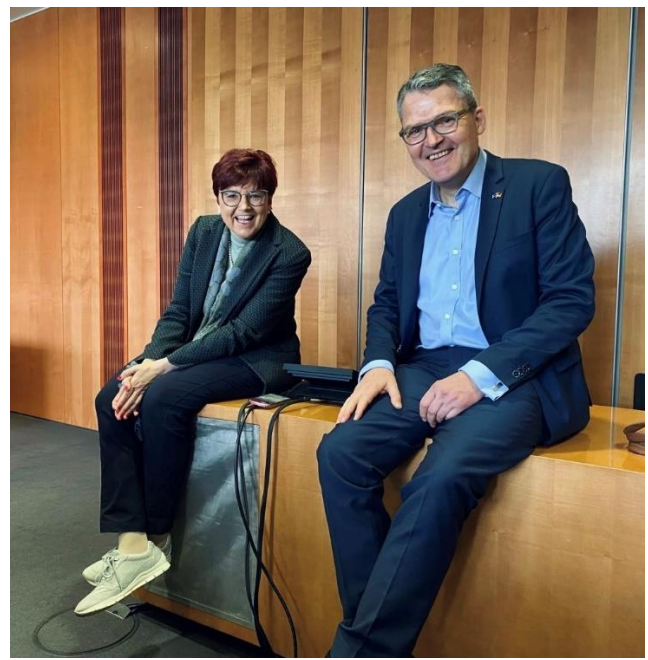


Trotz eines Rekords an Bundesbeamten und Angestellten beschäftigt die Ampel so viele externe Berater wie selten zuvor.

Dem gehe ich mit einer „Kleinen Anfrage“ auf den Grund:

[KLICK](#)

Bilder der Woche



Aktive und Alt-Bürgermeisterinnen und -meister von der Ostalb waren in dieser Woche zu Gast in Berlin. Die Diskussion war für meinen Kollegen Roderich Kiesewetter und mich ebenso erkenntnisreich wie erheiternd. Solche Gäste empfängt man gern!